

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplans der Stadt Lich sowie des Wirtschaftsplans der Stadtwerke Lich 2025, 6. November 2024

– es gilt das gesprochene Wort –

Dr. Julien Neubert

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir leben in denkbar schwierigen Zeiten, die von enormen Unsicherheiten geprägt sind. Wir erleben Kriege, die wir in dieser Art nicht mehr für möglich hielten, glauben wir doch fest an den Fortschritt und nicht an den Rückschritt. In den Vereinigten Staaten bereitet sich ein Mann auf seine zweite Präsidentschaft vor, der den Begriff „Zölle“ zu seinen Lieblingswörtern zählt und der ganz sicher nicht das Wohl der liberalen Demokratien befördern wird. In Deutschland erleben wir dieser Tage eine Regierungskrise und in Lich sind wir – wie viele andere Kommunen auch – im Hinblick auf unsere Haushaltsplanung und somit im Hinblick auf unsere Handlungsfähigkeit mit Unsicherheiten konfrontiert, welche die Schwierigkeiten im Rahmen der Haushaltsplanung aus den Anfangszeiten der Corona-Pandemie übertreffen.

Auf der einen Seite wird von den Kommunen erwartet, einen Haushaltsplan vor Ablauf eines Haushaltsjahres für das nachfolgende Haushaltsjahr aufzustellen. Auf der anderen Seite fehlen uns aktuell wichtige Grundlagen, die wir benötigen, um eine möglichst realistische Haushaltsplanung für das nächste Jahr vornehmen zu können. Noch immer warten wir auf die Orientierungsdaten des Landes und auf Klarheit darüber, wie sich der Zensus ganz konkret auf unsere Schlüsselzuweisungen auswirken wird, mit welchen Steuereinnahmen zu rechnen ist und unter welchen Bedingungen, ein Haushalt genehmigungsfähig sein wird, da bis dato immer noch kein aktueller Finanzplanungserlass vorliegt. Hinzu kommt, dass der Landkreis Gießen den kreisangehörigen Kommunen zwar mitteilte, dass die Kreisumlage mindestens um 1,5 Prozent und die Schulumlage mindestens um 0,7 Prozent ansteigen wird, wir allerdings davon ausgehen müssen, dass das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist.

In den letzten Tagen wurde ich, wie im vergangenen Jahr auch, gefragt, ob ich die Metapher eines Schiffes in meiner Haushaltsrede aufgreifen werde. Unter anderem wurde mir der Vorschlag unterbreitet, die Stadt Lich mit einem Schiff zu vergleichen, welches auf den Grund des Waldschwimmbads herabgesunken sei oder dass das aufgrund fehlender Orientierungsdaten hilflos auf hoher See herumirre. Mir selbst kam der Gedanke, die Metapher eines Buddelschiffs

anzuwenden. Hierbei handelt es sich um ein Schiffsmodell in einer Flasche. Das Bild eines Flaschenschiffs, welches von der einen zur anderen Hand gereicht und immer wieder durchgeschüttelt wird, passt in meinen Augen auch sehr gut zu der Situation, in der wir uns befinden.

Allem Ärger und aller Frustration zum Trotz müssen wir weiterhin ganz nüchtern feststellen, dass – wenn wir bei dem Bild eines Schiffs bleiben – wir nach wie vor auf extrem unruhigen und stürmischen Gewässern unterwegs sind und wie im vergangenen Jahr muss ich Ihnen zurufen, dass es eine gewisse Haltung auf dem Schiff braucht, um nicht zu kentern, denn das Schiff hat schon bei dem Bestreben des Ausgleichs der Einnahmen und Ausgaben mit seinen zu erfüllenden Aufgaben eine Seitenlage erreicht. Dieser Haltung entsprechend haben der Magistrat und meine Person uns dafür entschieden, Ihnen trotz aller Unwägbarkeiten einen Haushaltsplan für das Jahr 2025 vorzulegen, damit wir im nächsten Jahr möglichst frühzeitig handlungsfähig und nicht auf eine vorläufige Haushaltsführung angewiesen sind. Ich bringe heute einen Haushaltsplan für das kommende Jahr in dem Bewusstsein und der Erwartung ein, dass bis zur abschließenden Entscheidung über den Haushaltsplan durch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, einige Veränderungen bezüglich der zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben und schlimmstenfalls hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts in den weiteren Beratungen Beachtung finden müssen.

Nun möchte ich Sie aber nicht länger auf die entscheidenden Zahlen unserer Haushaltsplanung für das kommende Jahr warten lassen: Beginnen möchte ich mit dem Ergebnishaushalt. Erträgen von **37.638.630 Euro** stehen Aufwendungen in Höhe von **40.716.485 Euro** gegenüber. Der Ergebnishaushalt schließt folglich mit einem Fehlbetrag von **3.077.855 Euro** ab. Im außerordentlichen Ergebnis lassen sich weder Erträge noch Aufwendungen feststellen.

Im Finanzhaushalt beläuft sich der Verwaltungssaldo, also der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, auf **-1.904.871 Euro**. Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit betragen **2.791.212 Euro**, die Auszahlungen wiederum **13.129.100 Euro**, woraus sich ein Saldo von **-10.337.888 Euro** ergibt. Die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit können schließlich auf **10.337.888 Euro** festgesetzt werden. Die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit – es handelt sich hierbei um die Tilgung – belaufen sich auf **992.386 Euro**. Hieraus ergibt sich ein Saldo von **9.345.502 Euro**. Der Zahlungsmittelbedarf – also die Kredittilgung und der Verwaltungssaldo zusammengenommen – beträgt **-2.897.258 Euro**.

Angesichts dieser Zahlen stellt sich die Frage, inwieweit ein solcher Haushaltsplan genehmigungsfähig sein wird. Die gute Nachricht ist, dass durch den Rückgriff auf die ordentliche

Rücklage einer Genehmigung nach § 92 Abs. 5 Satz 1 HGO nichts im Wege steht. Dennoch ist dies mitnichten ein Grund zum Feiern, ist dieses Defizit doch ein Negativrekord in der jüngsten Vergangenheit. Kritisch ist wiederum die Genehmigungsfähigkeit des Finanzhaushalts im Hinblick auf § 92 Abs. 5 Satz 2 HGO zu bewerten. So ist die angestrebte Kredittilgung größer als der Saldo des Zahlungsmittelflusses aus laufender Verwaltungstätigkeit. Dank des bisher gültigen Finanzplanungserlasses des Landes Hessen, der bereits in den letzten Jahren diese Vorgabe dahingehend aufweichte, dass eine entsprechende Differenz durch ungebundene Liquidität ausgeglichen werden könne, wissen wir bis zum heutigen Tage nicht, ob diese Vorgabe auch für das kommende Haushaltsjahr gilt. Sollte die in den letzten Jahren praktizierte Aufweichung aufgehoben werden, ist der Haushaltsplan allenfalls nur unter Vorlage eines Haushaltssicherungskonzepts genehmigungsfähig. Eine derartige Verschärfung der Vorgaben wäre für eine Vielzahl hessischer Kommunen ein echter Schlag, deshalb ist die Hoffnung größer denn je, dass sie ausbleibt. Ob der Finanzplanungserlass eine Verschärfung vorsieht, vermag ich nicht zu sagen; dass der Erlass aber immer noch nicht veröffentlicht wurde, stimmt mich sehr besorgt, zumal das Land ja auch nicht mit einer besonders leichten Haushaltsslage zu tun hat.

Bevor ich nun darauf zu sprechen komme, wie sich die Belastungen im Ergebnishaushalt und somit unser Haushaltsdefizit im Wesentlichen erklären lassen, möchte ich ein paar grundsätzliche Worte über den Umstand verlieren, dass wir als kommunale Ebene – und genau das zeigt sich dieser Tage stärker denn je – das letzte Glied der politischen Nahrungskette sind und es in unserem Land endlich eine Zeitenwende im Umgang mit der kommunalen Ebene braucht!

Kürzlich titelte der Hessische Rundfunk, dass eine Vielzahl hessischer Kommunen defizitär sei und zitierte einen Bericht des Landesrechnungshofs, wonach die Kommunen kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hätten. Wer eine solche Aussage hört, denkt schnell, die Kommunen in unserem Bundesland hätten die Kontrolle über ihre Ausgaben verloren und die Kommunen hätten ausreichend Handlungsspielräume im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung. Leider muss ich annehmen, dass Bund und Land allzu oft genau mit einer solchen Einstellung den Kommunen gegenüberstehen – ganz getreu dem Motto „Wenn die Kommunen mal den Gürtel etwas enger schnallen, dann kriegen die das auch schon gebacken“. Dass es aber die Bundes- und die Landespolitik ist, die uns Standards vorgibt, die wir kaum noch halten können und die uns zu erdrücken drohen, bleibt da oft völlig unberücksichtigt. Wie kann es sein, dass uns alleine in der Kindertagesbetreuung immer mehr Standards aufgebürdet werden, ohne dass wir in einem geeigneten Maße unterstützt werden? Mittlerweile müsste jedem – auch im dunkelsten Winkel von Wiesbaden und Berlin – bekannt sein, dass sich Fachkräfte nicht von den Bäumen schütteln lassen. An den Standards wird aber nicht gerüttelt. Wir müssen von vielen

Standards einfach runter – so etwa auch bei baulichen Standards. In Lich bauen wir unsere Kindertagesbetreuungsinfrastruktur wie die Weltmeister aus. Bis vor wenigen Jahren erhielten wir noch pro Gruppe einen Investitionskostenzuschuss seitens des Landes von 250.000 Euro. Bei Bauherstellungskosten einer Gruppe mit entsprechenden Kapazitäten für Differenzierungsräume und Sanitäreinrichtungen von etwa 1 Mio. Euro war dieser Zuschuss mehr als hilfreich. Aktuell erhalten wir diese Investitionskostenzuschüsse nicht. Glauben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir für die Gruppen, die wir in den letzten Jahren herstellten, noch rückwirkend Fördermittel bekommen? Ich glaube nicht mehr daran. Am Ende des Tages werden die Kommunen irgendwann in der Zukunft mit einem Förderprogramm belohnt, welche sämtliche Investitionen in die Erweiterung ihrer Kindertageseinrichtungen irgendwie aussitzen konnten. Welches Bild ergibt sich am Ende des Tages? Um die vorgegebenen Standards umsetzen zu können, müssen wir als Kommunen viel Geld in die Hand nehmen, was in der Konsequenz bedeutet, dass wir für andere, sinnvolle Vorhaben für unser Gemeinwesen nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen.

Wenn man dann noch vergegenwärtigt, in welchem Zustand sich nicht nur unsere Kindertagesbetreuungsinfrastruktur befindet, sondern auch unsere Straßen, Gemeinschaftseinrichtungen usw., die Landesregierung aber erst einmal Mittel für das „Hessengeld“ freigibt, zeigt sich, wie schwierig das Klima für Kommunen ist. Da mag es wie ein Hoffnungsschimmer wirken, dass uns wenigstens für die Erneuerung der Ortsdurchfahrt Fördermittel im nächsten Jahr in Aussicht gestellt wurden, an der Gesamtsituation, in welcher sich die kommunale Ebene befindet, ändert es aber nichts.

Als ich Anfang Juni dieses Jahres ein Schreiben der Hessischen Steuerverwaltung erhielt, in welchem der Stadt Lich ein Hebesatz der Grundsteuer B von knapp 395 Punkten vorgeschlagen wurde, um eine Aufkommensneutralität bei den Grundsteuereinnahmen sicherzustellen und bereits einen Tag später der hessische Finanzminister öffentlich an die Kommunen appellierte, Maß zu halten und sich an den Empfehlungen der Steuerverwaltung zu orientieren, verlor ich meine Hoffnung und meinen Optimismus, den ich Ihnen in meiner letzten Haushaltsrede vortrug, dass die kommunale Ebene eine spürbare Besserung durch die neue Landesregierung erfahren wird. Wie kann es sein, dass solche Appelle öffentlich ausgesprochen werden, ohne den Kommunen auch nur den Hauch einer Chance zu geben, sich mit den durch die Grundsteuerreform einhergehenden Veränderungen angesichts eines steigenden Haushaltsdefizits bei immer mehr kommunalen Aufgaben auseinanderzusetzen?

Mit diesen Ausführungen möchte ich unterstreichen, wie sehr unsere Handlungsspielräume durch gesetzliche Vorgaben zunehmend eingeschränkt werden und wie sehr das letzte Stück kommunale Selbstverwaltung uns im politischen Diskurs immer weiter abgerungen wird. Wer die Nöte der Kommunen wegdiskutiert und nicht ernst nimmt, verspielt das Funktionieren unserer Demokratie! Deshalb hoffe ich, dass der Kämmerer des Landkreises Gießen hier ein wenig mehr Milde walten lässt und Verständnis aufbringt für die Situation bei der kommenden Anhörung der Kommunen.

Was bedeuten diese Rahmenbedingungen für unser Haushaltsdefizit? Während nach jetzigem Stand die Summe der Zuweisungen bei immer höheren Standards mit rund 11,5 Mio. Euro sehr stabil bleibt und auch die Steuereinnahmen sich auf dem Vorjahresniveau von insgesamt rund 21 Mio. Euro bewegen, steigen wie im Vorjahr die Personalaufwendungen sowie insbesondere die Aufwendungen für die Kreis- und Schulumlage.

Um rund 600.000 Euro steigen die Personalaufwendungen auf etwa 11,6 Mio. Euro an. Hierbei sind zu erwartende Tarifsteigerungen ebenso berücksichtigt wie die Vorgaben des „Gute-Kita-Gesetzes“, wobei im Bereich der Kindertagesbetreuung die Personalaufwendungen nicht in dem Maße ansteigen, wie in den vergangenen Jahren. Nicht vergessen dürfen wir aber hierbei, dass die Zuschüsse für freie Träger im Bereich der Kindertagesbetreuung deutlich um knapp 200.000 Euro ansteigen, was wiederum auf den gesteigerten Personaleinsatz in den Einrichtungen freier Träger zurückzuführen ist. Wer angesichts der dargestellten Personalaufwendungen zu der Schlussfolgerung kommt, die Stadt Lich würde zu viel Personal beschäftigen, den möchte ich nicht nur an meine Ausführungen zu zusätzlichen kommunalen Aufgaben und gestiegenen Standards erinnern, sondern auch ein erstes Ergebnis der überörtlichen Prüfung präsentieren, die pro 1.000 Einwohner in Lich einen Personaleinsatz von 2,1 Vollzeitäquivalenten feststellt, welcher deutlich unter dem Median der vergleichenden Prüfung von 2,5 Vollzeitäquivalenten liegt.

Auch die Landkreise als Teil der kommunalen Familie bleiben von einer angestiegenen Regeldichte bundes- und landesrechtlicher Vorgaben nicht verschont. Ganz massiv belastet werden die Landkreise durch enorme Aufwendungen für Transferleistungen in die soziale Sicherung. Wie bereits erwähnt, stehen wir als Kommune ganz am Ende der politischen Nahrungskette und über die Kreis- und Schulumlage sind wir natürlich mit im Boot, wenn es darum geht, dass der Landkreis seine gesetzlichen vorgegebenen Aufgaben erfüllen kann. Die eingangs erwähnte Steigerung der Kreis- und Schulumlage um 1,5 sowie 0,7 Prozentpunkte bedeutet eine Mehrbelastung von etwa 600.000 Euro für den Ergebnishaushalt der Stadt Lich. Damit geht weitaus mehr als jeder dritte Euro, den wir ausgeben, an den Landkreis Gießen. Insofern werden

die Kommunen bei der Anhörung im Rahmen der Einbringung des Kreishaushalts auch sehr deutlich machen müssen, dass der eine oder andere Standard auf Kreisebene eine deutliche Absenkung erfahren muss.

Angesichts des enormen Haushaltsdefizits und der Tatsache, dass wir es in den nächsten Jahren mit großen Schwierigkeiten zu tun haben werden – daran hat mittlerweile kein Experte mehr einen Zweifel –, hat sich der Magistrat der Stadt Lich dafür entschieden, den bisherigen Hebesatz bei der Grundsteuer B in Höhe von 470 Punkten beizubehalten. Ein solcher Hebesatz bedeutet eine zusätzliche Belastung von knapp 19 Prozent bei der Grundsteuer B für die Grundsteuerzahlerinnen und Grundsteuerzahler in unserer Stadt. Sie können mir glauben, ein solcher Schritt ist gerade in Zeiten wie diesen kein einfacher Schritt, aber wir dürfen nicht vergessen, dass wir am Ende des Tages gesetzlich dazu verpflichtet sind, einen Haushaltsausgleich zu erzielen, und wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Handlungsspielräume nicht größer werden. Diese Anhebung der Steuerbelastung resultiert nicht daraus, dass wir uns als Stadt irgendetwas gönnen, was wir gar nicht bräuchten. Diese Anhebung ist das Ergebnis zunehmender Belastungen durch zu hohe Standards, immer neuer Aufgaben und eines Investitionsstaus, den wir mit Nachdruck aufarbeiten.

Stichwort Investitionsstau. Im vergangenen Jahr erklärte ich Ihnen im Zuge der Einbringung des Haushaltsplans für das nunmehr ablaufende Haushaltsjahr, dass wir uns im Magistrat dafür entschieden haben, vornehmlich den aufgelaufenen Investitionsstau über die vorhandenen Haushaltsermächtigungen abzuarbeiten. Insofern waren, abgesehen von den Haushaltsmitteln für den Erwerb des Waldschwimmbads, keine weiteren Maßnahmen vorgesehen, die den Rahmen von 1 Mio. Euro überstiegen. Auch für das Haushaltsjahr 2025 liegt der Fokus auf bereits begonnenen Maßnahmen und solchen, die über Haushaltsermächtigungen vorgesehen sind. Ich habe mich darüber gefreut, dass die in meiner letzten Haushaltsrede vorgebrachte Setzung von Prioritäten in so einigen Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden im vergangenen Jahr ihren Widerhall fand. Hieran möchte ich heute noch einmal ausdrücklich angesichts des beträchtlichen Haushaltsdefizits für das kommende Jahr erinnern. Es ist wichtiger denn je, sich darauf zu konzentrieren, die Pflicht zu erfüllen und umsichtig sowie weitsichtig mit der Kür umzugehen.

Unsere oberste Priorität muss nach wie vor im Bereich der Pflichtaufgaben und hier bei der Kindertagesbetreuung liegen. Glücklicherweise können wir noch in diesem Haushaltsjahr wichtige Maßnahmen abschließen. An dieser Stelle möchte ich insbesondere unser Kindertagesbetreuungsausbauprogramm hervorheben. Mit der Eröffnung der Kindertageseinrichtung „Am

Schlosspark“ sowie der Inbetriebnahme der erweiterten Kindertageseinrichtung in Eberstadt wird ab dem nächsten Jahr die Warteliste abgearbeitet sein, was viele, viele Eltern in unserer Stadt sehr entlasten wird. Ich denke, wir können sehr stolz darauf sein, dass es gelungen ist, innerhalb von fünf Jahren rund 300 Betreuungsplätze zu schaffen und nicht nur das: Durch geeignete Maßnahmen der Personalgewinnung und Personalbindung gelingt es uns, die Vorgaben des „Gute-Kita-Gesetzes“ hinsichtlich der Fachkraftstunden weitestgehend einzuhalten. Und das Ganze haben wir ohne den seinerzeit von den Mehrheitsfraktionen geforderten „Kindergartenbeirat“ geschafft! Für das nächste Jahr sind Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung von etwa 3,6 Mio. Euro vorgesehen. Die Kindertageseinrichtung in den Guteleutsgärten, deren Baubeginn für Anfang nächsten Jahres geplant ist, die Erweiterungen der Einrichtungen in Langsdorf und Muschenheim sowie die grundhafte Erneuerung der Bestandseinrichtung werden uns in den nächsten sechs bis acht Jahren bei den Haushaltsplanungen Jahr für Jahr weiterhin begleiten.

Im Bereich des Straßenbaus, der ja traditionell auch immer einer unserer größten Haushaltsposten im Bereich der Investitionen darstellt, wird in den nächsten beiden Jahren der Fokus auf der Erneuerung der Ortsdurchfahrt Muschenheim liegen, die glücklicherweise ab kommendem Jahr realisiert werden kann. Für die Herstellung der Gehwege – der Landkreis ist für die Straßenflächen zuständig – rechnen wir mit etwa 2,2 Mio. Euro. Ich freue mich, dass wir nach Birklar innerhalb weniger Jahre eine zweite Ortsdurchfahrt mit dem Landkreis Gießen komplett erneuern können. Aufgrund der Haushaltslage müssen andere Maßnahmen wiederum zeitlich nach hinten geschoben werden. Nachdem die Erneuerung der „Bergstraße“ bereits verschoben wurde, haben wir uns im Magistrat dafür entschieden, auch die grundhafte Erneuerung der Straße „Am Schwanensee“ um ein Jahr, also auf 2027 zu verschieben.

Beim Durcharbeiten des Haushaltsplans werden Sie erkennen, dass das Investitionsvolumen von rund 13,1 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2025 sich auf ein sehr breites Spektrum von Maßnahmen verteilt. Ich könnte an dieser Stelle all diese Maßnahmen aufführen und darlegen, wie weit diese in ihrer Planung und Ausführung vorangeschritten sind, jedoch würde dies den Rahmen des Überblicks über ganz wesentliche Investitionen sprengen. Insofern möchte ich an dieser Stelle an meine Haushaltsrede aus dem vergangenen Jahr anknüpfen und noch einmal ganz verstärkt darauf hinweisen, dass wir Prioritäten setzen müssen und diese eindeutig im Bereich unserer Pflichtaufgaben liegen. Prioritäten abarbeiten heißt auch immer, Projekte inhaltlich und zeitlich einer Rangfolge unterzuordnen und möglicherweise gar zu verändern, wenngleich dies sicherlich mit Frustration, Ungeduld und Enttäuschung einhergeht.

Wir leben in Lich in einer wunderbaren, engagierten und starken Stadt, die viel zu bieten hat, die bunt und vielfältig ist. Wir können dankbar sein für das, was in demokratischen Prozessen – ob in Politik oder in Zivilgesellschaft – über viele, viele Jahre wurde. Allerdings leben wir in Lich nicht in einer Blase, die von all den Krisen unserer Zeit unberührt bleibt. Gerade deshalb dürfen wir nicht die Augen vor den Realitäten verschließen. Wir arbeiten ein ambitioniertes Kindergartenerweiterungs- und Modernisierungsprogramm mit einem Volumen von über 20 Mio. Euro ab. Unsere Arbeitsstätten für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind einem Substanzverfall unterworfen und müssen auf den aktuellen Stand arbeitsrechtlicher sowie bauordnungsrechtlicher Vorgaben gebracht werden. Investitionen im Bereich der freiwilligen Leistungen, die mit hohen Folgekosten einhergehen, sind vor dem Hintergrund dieser Hausaufgaben, die wir dringend zu erledigen haben, aber auch aufgrund der mehr als angespannten Haushaltslage, die sich gewiss nicht im nächsten oder übernächsten Jahr so ohne Weiteres einpendeln wird, aktuell nicht stemmbar. Es ist unsere Pflicht, bei jeder dieser Investitionen im Bereich der freiwilligen Leistungen, wenn wir diese als notwendig erachten, alles dafür zu tun, die Investitionskosten auf ein erträgliches Maß zu reduzieren und Folgekosten zu vermeiden. Gelingt uns dies nicht, können diese Projekte zeitlich nicht prioritär abgearbeitet werden.

Ganz konkret bedeutet dies unter anderem, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns aktuell, die bis dato in den städtischen Gremien und im Zuge der Bürgerbeteiligung vorgestellte Ausführungsvariante einer Dreifeldsporthalle so nicht leisten können. Zusammen mit dem Magistrat sehe ich derzeit keine Möglichkeit, die hohen Investitionskosten derart – beispielsweise durch ausreichende Fördermittel oder andere Zuschüsse – zu reduzieren, dass wir in der Folge geringere Abschreibungen und Zinsen für einen erforderlichen Investitionskredit zu stemmen hätten. Wir müssten auf Grundlage der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie nunmehr jährlich Überschüsse im Ergebnishaushalt von über 500.000 Euro erzielen, um die ermittelten Folgekosten tragen zu können. Es hat nichts mit „Schwarzmalerei“ zu tun, wenn ich Ihnen sage, dass wir auf absehbare Zeit solche Überschüsse nicht erzielen werden. Keineswegs möchte ich meine Worte mit einer Absage an die Notwendigkeit einer Sporthalle für unsere Vereine verwechselt wissen. Aus diesem Grund habe ich zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen des Magistrats den Vertreterinnen und Vertretern hallennutzender Vereine vorgeschlagen, gemeinsam Hallenbauprojekte zu besuchen, die deutlich weniger finanzielle Ressourcen beanspruchten, und mit Bauunternehmen zu sprechen, die sich beispielsweise auf kostengünstigere Lösungen zur baulichen Herstellung von Sporthallen spezialisiert haben. Gerne hätte ich den Vereinsvertreterinnen und Vereinsvertretern andere Nachrichten verkündet und ich verstehe die Enttäuschung und Frustration im Angesicht meiner Analyse der städtischen Finanzen. In den letzten Wochen zeigt sich zunehmend, wie gravierend die Krise kommunaler Haushalte ist und sein wird. Ein

ehrliches Wort ist mir da wichtiger als das Ignorieren und Negieren haushaltspolitischer Realitäten. Ich habe gegenüber den Vertreterinnen und Vertretern hallennutzender Vereine bekräftigt, dass das Projekt des Neubaus einer Sporthalle sich nicht erledigt hat und ich habe größten Respekt davor, dass die Vertreterinnen und Vertreter der hallennutzenden Sportvereine sich bereit erklärt haben, den Weg des Auslotens und Prüfens von kostengünstigeren Alternativen gemeinsam zu gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Vorstellung des Haushaltsplans für das kommende Jahr wirkt sicherlich ernüchternd, was dem Umstand geschuldet ist, dass wir in ernüchternden Zeiten leben. Nichtsdestotrotz bin ich davon überzeugt, dass wir den Kopf nicht in den Sand stecken dürfen und dass wir durch die Entscheidungen der vergangenen Jahre die richtigen Weichen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gestellt haben. Wir haben es geschafft, die Verwaltung so aufzustellen, dass wir nicht unter der erdrückenden Last ständig neuer Aufgaben zusammenbrechen und geplante Projekte Schritt für Schritt abarbeiten können. Wir setzen dringend notwendige Investitionen in unsere Kindertageseinrichtungen, in Gemeinschaftseinrichtungen und in unsere Infrastruktur um. Mit dem vorliegenden Haushaltsplan soll dieser Weg weiterverfolgt werden. Ich sprach eingangs bei meiner Schiffs-Metapher von einer Haltung, die auf dem Schiff angesichts der rauen See herrschen müsse. Diese lässt sich wie folgt beschreiben: Auf unserer Schiffsreise müssen wir immer wieder innehalten und uns bewusstwerden, in welcher Situation wir uns befinden, und klare Prioritäten setzen.

Was für den städtischen Haushalt gilt, mag nicht weniger für den Wirtschaftsplan der Stadtwerke gelten. Einem strukturellen Defizit mussten wir mit einer längst überfälligen Gebührenerhöhung im Wasser- und Abwasserbereich entgegenwirken. Eine erneute Anpassung wird uns in zwei Jahren bevorstehen, müssen doch weitere Grundlagen ermittelt und die Preiserhöhungen für die Zukäufe im Bereich der Wasserversorgung abgewartet werden. Trotz der Gebührenanpassung weist der Wirtschaftsplan der Stadtwerke im Ergebnis ein Defizit auf. In der Wasserversorgung stehen Erträgen von **2.115.340 Euro** Aufwendungen in Höhe von **2.477.844 Euro** gegenüber. Im Bereich der Abwasserbeseitigung verzeichnen wir Erträge von **3.665.208 Euro**, wobei wir Aufwendungen in Höhe von **3.899.839 Euro** planen. Somit können wir in der Wasserversorgung einen Fehlbedarf von **362.504 Euro** sowie in der Abwasserbeseitigung von **244.631 Euro** verzeichnen. Insgesamt sind Investitionen in Höhe von **4.386.000 Euro** vorgesehen. Ähnlich wie im städtischen Haushalt auch, waren wir aufgrund der Intensität des Investitionsrückstaus, den wir abzarbeiten haben, sowie aufgrund der allgemeinen Haushaltssituation darauf angewiesen, einzelne Maßnahmen zeitlich weiter nach hinten zu schieben. Die größte

bevorstehende Maßnahme im Bereich der Stadtwerke im kommenden Jahr wird sicherlich die Erneuerung des Kanal- und Wasserleitungsnetzes im Zuge der Erneuerung der Ortsdurchfahrt Muschenheim sein. Ebenso werden wir die Planungen für die Modernisierung unserer Kläranlagen und die Erweiterung unserer Brunnen- und Hochbehälterkapazitäten vorantreiben. Insofern bringt der Wirtschaftsplan für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, keine nennenswerten Überraschungen mit sich. Wenngleich die Abarbeitung der in den Stadtwerken ausstehenden Großprojekte, wie etwa die Erneuerung der Kläranlagen, viel Zeit beansprucht und noch im Stadium der Machbarkeitsstudie befindlich ist, so möchte ich in diesem Moment noch einmal daran erinnern, dass es uns im Bereich der Stadtwerke in den letzten Jahren überhaupt erst einmal gelingen musste, den Eigenbetrieb derart aufzustellen, dass er überhaupt handlungs- und arbeitsfähig ist. Als ich vor knapp fünf Jahren mein Amt als Bürgermeister antrat, fand ich im Bereich der Stadtwerke keine technische Betriebsleitung, keine Tiefbautechniker, keinen Abwassermeister und nicht ausreichend Kräfte zur Erfüllung der Eigenkontrollverordnung vor. Es war alles andere als einfach, die für den Betrieb der Stadtwerke erforderlichen personellen Ressourcen zu gewinnen. Umso mehr freue ich mich heute darüber, dass uns dies nach und nach in den letzten Jahren gelungen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist uns gelungen, Ihnen – wie dies der ursprüngliche Zeitplan vorsah – den Haushaltsplan der Stadt Lich sowie den Wirtschaftsplan der Stadtwerke für das kommende Jahr vorzulegen. Dieser Umstand ist alles andere als selbstverständlich – nicht nur aufgrund der allgemeinen Haushaltssituation, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass uns im Frühjahr unser bisheriger Fachbereichsleiter Jakob Fischer verließ. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei Aaron Urban als Nachfolger von Jakob Fischer sowie Noel Neumann dafür bedanken, dass sie es möglich machten, trotz überörtlicher Prüfung und Auflösung des Gemeindeverwaltungsverbandes unseren Zeitplan zu halten. Ebenso möchte ich den Kolleginnen und Kollegen im Fachbereich Finanzen sowie in der gesamten Verwaltung danken, die gemeinsam und anpackend, nicht die Herausforderung scheuten, sondern zusammenarbeiteten, damit wir im kommenden Jahr möglichst frühzeitig handlungsfähig sind. Dafür danke ich von ganzem Herzen.

Ich weiß nicht, ob es vermessen ist, wenn ich im Alter von 37 Jahren behaupte, dass wir aktuell in Zeiten leben, die unsere Demokratie in einem Maße gefährden, wie dies schon seit vielen, vielen Jahren nicht mehr der Fall war. Unsere Bundesregierung ist das Paradebeispiel des inszenierten Dauerstreits und der Selbstinszenierung. Ich erachte die ständigen Konflikte innerhalb der Bundesregierung sowie die Übernahme von Deutungsmustern und Parolen derjenigen, die unsere Demokratie verachten, als überaus gefährlich. Wir werden in Lich keinen Einfluss auf die

politische Großwetterlage in unserem Land haben. Wenn wir hier vor Ort den Menschen zeigen – und da gibt es eine Menge –, was durch demokratische Entscheidungen erreicht und bewirkt werden kann, dann können wir hier vor Ort einen Beitrag dazu leisten, dass nicht die Stimmen lauter und hörbarer werden, die so rein gar nichts von unserer Demokratie halten. Dies erfordert in meinen Augen einen Diskurs des Ausgleichs, des Ernstnehmens des anderen und einen gesunden Umgang mit Fakten. Zynismus, Unzufriedenheit und das Ignorieren von Realitäten bringen uns nicht voran und motivieren schon gar nicht für Politik.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!